BDK fordert bundesweite Koordinierungsstelle für Terroropfer

26.07.2017

Angehörige fühlen sich schlecht betreut und beraten

Die terroristischen Anschläge in Berlin und in verschiedenen europäischen Metropolen der vergangenen Monate haben gezeigt, dass aufgrund der hohen Zahlen von getöteten oder verletzten Menschen immer Opfer aus mehreren Staaten zu beklagen sind. Die Berichterstattung der vergangenen Tage und Wochen zeigt, dass neben der Ermittlungsarbeit in Deutschland und den Nachbarstaaten keine verbindlichen Beratungs- und Hilfsstrukturen für Terroropfer vorhanden sind. „Den Opfern sind wir es schuldig, dass sie nach so belastenden Erfahrungen zeitnahe und professionelle Hilfe erhalten“, sagte Hermann-Josef Borjans, Sprecher Kriminalprävention und Opferschutz im Bundesvorstand des Bund Deutscher Kriminalbeamter heute in Berlin. „Angehörige dürfen nicht alleine gelassen werden und Monate vergebens auf staatliche Hilfen hoffen.“

„Es reicht nicht, dass nach einem Anschlag deutsche Minister Beileidsbesuche im In- und Ausland abstatten“, so Borjans weiter. „Mit der Koordinierungsstelle NOAH (Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe) beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gibt es bereits eine Institution. Sie muss aber durch eine konsequente Netzwerkarbeit in der Akutphase nach terroristischen Anschlägen oder großen Schadensereignissen auch mit mehr Leben gefüllt werden.“ Es fehlt an der erfolgreichen Netzwerkarbeit der Strafverfolgungsbehörden, der Notfallseelsorge und Betreuungsdiensten, aber auch der langfristigen Betreuung und Beratung. Hier müssen Bund und Länder professionell zusammen arbeiten. Erforderlich ist eine verlässlich arbeitende und mit den notwendigen Erkenntnissen ausgestattete Koordinierungsstelle.

Wie jetzt bekannt wurde, hat es nach dem Anschlag am Breitscheidtplatz in Berlin Tage gedauert, bis die Angehörigen über den Tod ihrer Anverwandten oder Freunde unterrichtet wurden. Opferhilfen wurden erst nach drei Monate angeboten. „Da wir nicht auf einer Erbse leben, sondern terroristische Anschläge immer deutschlandweite und internationale Ereignisse sind und Menschen aus verschiedenen Staaten betroffen sind, ist die Koordinierungsstelle zumindest bei Anschlägen in Deutschland unverzichtbar“, erklärte Borjans. „Ziel muss es sein, auch über die Grenzen hinweg den Opfern eine professionelle und zeitnahe Hilfe anbieten zu können.“ Ein erster richtiger Schritt ist die Ankündigung des neuen NRW-Justizministers Peter Biesenbach „die Opfer nicht alleine zu lassen“ und einen Opferbeauftragten in NRW zu berufen und vor Ort den Opferschutz zu stärken, der sich schnell und zuverlässig um die Beratung und Hilfen für Opfer von Straftaten kümmern soll“, betonte Borjans weiter.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter bereitet derzeit eine internationale Fachkonferenz in Köln (Bensberg) vor, bei der die terroristischen Anschläge von Berlin, Brüssel und Manchester aufgearbeitet und die Hilfssysteme nach den Anschlägen bewertet werden sollen. Auch Opfer sollen zu Wort kommen können. „Es ist wichtig für die Zukunft gut aufgestellt zu sein, um nicht nur den Tätern habhaft zu werden, sondern auch den Opfern und Angehörigen verlässliche Hilfe anbieten zu können", forderte Borjans abschließend.

Medienanfragen erbeten an den Sprecher Kriminalprävention und Opferschutz im Bundesvorstand des BDK,
EKHK Hermann-Josef Borjans,
Tel: 0151/12701830
E-Mail: hermannjosef.borjans@bdk.de

Schlagwörter
Bund Prävention und Opferschutz
diesen Inhalt herunterladen: PDF